

## **UNO-Konferenz über nachhaltige Entwicklung und Gouvernanz Rio+20 in Rio de Janeiro vom 20. bis zum 22. Juni 2012**

Im Namen der Schweizer Frauen unterbreiten die Schweizerischen Frauendachverbände, die Parlamentarierinnen des National- und Ständerates sowie die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen der UNO-Konferenz über nachhaltige Entwicklung und Gouvernanz Rio+20 in Rio de Janeiro vom 20. bis zum 22. Juni 2012 folgende

### **RESOLUTION**

#### **Vision**

Die Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung anerkennt in Grundsatz 20, dass Frauen bei der Bewirtschaftung der Umwelt und der Entwicklung eine grundlegende Rolle zukommt. Wir sind überzeugt, dass Frauen wesentlich mit innovativen Lösungsvorschlägen dazu beitragen können, Antworten auf die anstehenden, dringenden Umweltprobleme zu finden. Voraussetzung dazu ist, dass Frauen den Männern in allen Bereichen des Lebens gleichgestellt sind und insbesondere gleichen Zugang zu

- Bildung,
- umfassender medizinischer Versorgung
- Land und Landeigentum,
- Informations- und Kommunikationstechnologien und
- Krediten haben.

Mit der Umsetzung dieser Forderungen werden die Millenniumsziele Nr. 1 bis 8 erreicht.

#### **Zugang zu Bildung**

In vielen Entwicklungsländern besuchen Mädchen deutlich weniger oft die Schule als Knaben. Der Analphabetismus ist demzufolge bei Mädchen viel verbreiteter. Millenniumsziel Nr. 2 verlangt, dass bis zum Jahr 2015 jedes Kind unabhängig vom Geschlecht und auf der ganzen Welt die Möglichkeit haben muss, eine Primarschulbildung zu absolvieren. Wir unterstützen dieses Ziel nachdrücklich.

Damit Frauen auf dem Arbeitsmarkt gleiche Chancen erhalten wie Männer, müssen Mädchen bereits in der Schule die gleiche Bildung und später die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten erhalten wie Knaben. Letzteres gilt insbesondere auch für Bereiche wie Wissenschaft und Technik, wo Frauen deutlich unterrepräsentiert sind.

Bei der Schulbildung und der beruflichen Ausbildung müssen geschlechtsspezifische Bedürfnisse beachtet und in die Bildungsprogramme einbezogen werden.

Qualifikationen werden jedoch nicht nur in der Schule und im Erwerbsleben erworben, sondern auch im häuslichen Bereich und in der Freiwilligenarbeit für die Gesellschaft.

## **Zugang zu umfassender medizinischer Versorgung**

Der Zugang zu umfassender medizinischer Versorgung muss jederzeit für alle Menschen und unabhängig von Wohnort und ökonomischer Situation gewährleistet sein.

Sauberes Wasser ist eine Grundvoraussetzung für die Gesundheit. Frauen spielen bei der Beschaffung, bei der Bewirtschaftung und beim Verbrauch von Wasser eine entscheidende Rolle. Ihr Einbezug bei allen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Zugang zu Wasser, mit der Sanierung von Wassersystemen und mit Landwirtschaftsprojekten, die auf die Qualität der Erde und auf die Gesundheit der Menschen einen Einfluss haben, muss selbstverständlich sein.

Wir fordern, dass die Regierungen den illegalen Export von gefährlichen chemischen Produkten und Pestiziden entschlossen bekämpfen. Diese Produkte werden insbesondere in den Entwicklungsländern in der Landwirtschaft eingesetzt und können auf die Gesundheit verheerende Auswirkungen haben.

## **Zugang zu Land und Landeigentum**

Die Überwindung von Armut und Hunger ebenso wie die nachhaltige Nutzung der natürlichen Umwelt hängen massgeblich vom Zugang zu den entsprechenden natürlichen Ressourcen ab.

In ländlichen Gebieten tragen Frauen wesentlich zur Ernährungssicherheit bäuerlicher Familien bei. Sie bestreiten zwar einen grossen Teil der Nahrungsmittelproduktion, haben aber oft nur beschränkte Landeigentumsrechte. Der Zugang zu Land und Landeigentum ist daher von zentraler Bedeutung.

Bäuerliche Familienbetriebe müssen gefördert werden, denn sie produzieren für den lokalen Markt. Bäuerinnen und Bauern müssen mit Bildungsangeboten zu Produktion, Verarbeitung und Konditionierung unterstützt werden. Damit können Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden.

Die Landnahme (land grabbing) als negativer Auswuchs der Globalisierung muss sofort gestoppt werden. Dort, wo diese Praxis noch nicht existiert, muss der Aufbau von Registern über Grundeigentum schnell an die Hand genommen werden.

Das Bevölkerungswachstum, die sich verändernden Konsumgewohnheiten und die zunehmende Produktion von Agrotreibstoffen erhöhen den Druck auf die Ernährungssicherheit. Nur mit nachhaltigen und umweltverträglichen Anbaumethoden können dem Verlust und der Degeneration von Agrarflächen entgegengewirkt werden.

## **IKT – Informations- und Kommunikationstechnologien**

Wir anerkennen das grosse Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zur Stützung der nachhaltigen Entwicklung. IKT-Anwendungen mit Bezug zu globalen Umwelt- und Entwicklungsfragen sind zu fördern. Wir sind überzeugt, dass die IKT dazu beitragen können, das Wohlbefinden und die soziale Gerechtigkeit für eine wachsende Weltbevölkerung zu verbessern, ohne die beschränkten natürlichen Ressourcen unseres Planeten zu gefährden.

Im Hinblick auf die Nutzung von IKT betonen wir die Wichtigkeit der Chancengleichheit. Jede Person, auch Frauen und Mädchen, sollten in der Lage sein, in ihrem eigenen Interesse und zugunsten der künftigen Entwicklung IKT privat und beruflich zu nutzen. Chancengleichheit, ein unterschiedsloser Zugang zu IKT für alle und eine kompetente Nutzung von IKT sind unverzichtbare Voraussetzungen dafür. Die Schulung in der kompetenten Nutzung von IKT sowie Lebenslanges Lernen für alle sind zu fördern.

### Zugang zu Krediten

Für Frauen, die ein eigenes Unternehmen aufbauen, muss der Zugang zu Finanzmitteln gewährleistet sein. Sie müssen beim Aufbau mit Knowhow begleitet und betriebswirtschaftlich geschult werden. Sie sollen auch bei der Bildung von Genossenschaften unterstützt werden. Eigentum wie Grund und Boden soll mit sinnvollen und bezahlbaren Krediten belastet werden können.

### Gleichberechtigte Vertretung von Frauen in Entscheidungsgremien

Voraussetzungen für eine effektive Umsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen (Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft) sind entsprechende Gesetze und Artikel in der Verfassung eines Landes. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, werden Frauen mit der Zeit in allen Entscheidungsgremien proportional vertreten sein, ihre Sichtweisen, Bedürfnisse, Erwartungen und Forderungen einbringen und gleichberechtigt mitentscheiden können.

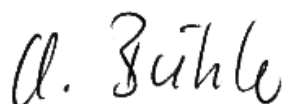
Hilfreich auf dem Weg zur Gleichstellung sind gezielte Förderprogramme beziehungsweise Massnahmen wie prozentuale Zielvorgaben (Quoten), wie sie von der CEDAW (UNO Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women) empfohlen werden. Regierungen, politische Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und Nichtregierungsorganisationen sind verantwortlich für die Umsetzung in der Praxis.



Rosmarie Zapfl-Helbling  
Präsidentin alliance F



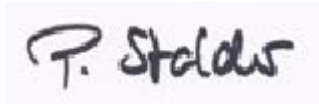
Liselotte Fueter-Fuchs, Co-Präsidentin  
Evangelische Frauen Schweiz EFS



Christine Bühler, Präsidentin  
Schweiz. Bäuerinnen- und Landfrauen-  
verband SBLV



Rosmarie Koller-Schmid, Präsidentin  
Schweiz. Katholischer Frauenbund SKF



Priska Stalder, Präsidentin ad interim  
Schweiz. Gemeinnützige Frauen SGF



Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin  
Vertreterin der Parlamentarierinnen



Etiennette J. Verrey, Präsidentin  
Eidg. Kommission für Frauenfragen

Bern, 14. Juni 2012